

Was der Ammann zum GE-Verkauf sagt

Von 1500 auf 400 Arbeitsstellen: René Grütter spricht über den Kontakt zu General Electric und die Bedeutung für die Gemeinde Brugg.

Claudia Meier

Der Industriekonzern General Electric (GE) gab am Dienstag seine Aufspaltung bekannt (die AZ berichtete). Künftig will sich GE auf das Luftfahrtgeschäft beschränken. Das Gesundheitsgeschäft soll nächstes Jahr an die Börse gebracht werden. Noch rund 20 Prozent der Aktien will GE behalten, der Rest wird verkauft. Ebenfalls verkauft wird das gesamte Energiegeschäft. Im Geschäft mit der Gaskraft werden in der Schweiz noch rund 2000 Mitarbeitende von GE beschäftigt, 400 davon in Brugg. Für den Weltkonzern ist es ein entscheidender Moment in seiner Geschichte. Vor sechs Jahren hatte GE das Gasturbinen-Geschäft des französischen Konzerns Alstom übernommen.

Wie reagiert die Gemeinde Brugg auf die angekündigte GE-Aufspaltung? Gemeindeammann René Grütter sagt: «Der Gemeinderat Brugg muss die neusten Absichten der GE so zur Kenntnis nehmen.» Welche Auswirkungen diese auf den Standort Brugg genau haben werden, sei derzeit schwer abschätzbar. «Der auf 2024 vorgesehene Verkauf der Abteilung Energie lässt die Gemeinde hoffen, dass die in Brugg noch bestehenden Arbeitsplätze vorderhand erhalten bleiben werden», so Grütter.

Regelmässiger Kontakt mit der Betriebsleitung von GE

In der Regel hat der Gemeindeammann zweimal jährlich Kontakt mit der Betriebsleitung der GE. Diese habe in der Vergangenheit von Zeit zu Zeit vor dem Gesamtgemeinderat vorgesprochen, teilt René Grütter weiter mit. So wurde



Die Industriehalle in Brugg gehörte BBC, ABB, Alstom und schliesslich General Electric.

Bild: Michael Küng (21. September 2020)

die Gemeinde über die Brugg betreffenden bevorstehenden Ereignisse oder Zukunftsentwicklungen jeweils aus erster Hand informiert.

Von der Betriebsleitung sei der Gemeindeammann persönlich ins Bild gesetzt worden, dass in Brugg keine neuen Stellen geschaffen werden und sich der Stand der Belegschaft im Sommer bei zirka 400 Angestellten einpendeln werde, teilt die Gemeinde mit. In den vergangenen sechs Jahren ging die Zahl

der GE-Angestellten in Brugg schrittweise von rund 1500 auf 400 runter.

Die verkehrstechnische Lage mit Gleisanschluss ist ideal

Zum Jahresbeginn 2020 waren der Gemeinde Brugg zusätzliche 400 Stellen des GE-Standorts Oberentfelden in Aussicht gestellt worden. Stattdessen erfolgte ein gross angelegter Stellenabbau in mehreren Sparrunden, was für den Aargau ein Schock war.

Auf die Frage, wie viel Steuern GE bezahlt, gibt sich die Gemeinde bedeckt. Sie teilt lediglich mit: «Gemessen an Grösse des Gebäudes und Anzahl von Arbeitsplätzen fällt der Steuerertrag der GE in Brugg sehr überschaubar aus.»

Die Fabrikhallen in Brugg, in denen GE heute tätig ist, gehörten ursprünglich zu den grössten Europas. Gemeindeammann René Grütter sagt: «Die Immobilie ist trotz ihres Alters in einem relativ guten und zweckmässigen Zu-

«Eine weitere Öffnung der Immobilie für zusätzliche Mieter und Nutzer wäre wünschenswert, damit neue Firmen angesiedelt werden können.»



René Grütter
Gemeindeammann Brugg

stand. Die Büros sind zu einem grossen Teil renoviert.» Eine weitere Öffnung der Immobilie für zusätzliche Mieter und Nutzer wäre wünschenswert, damit neue Firmen in Brugg angesiedelt werden können. Zudem ist laut René Grütter die ideale verkehrstechnische Lage mit Gleisanschluss und Nähe zur Autobahn hervorzuheben.

Das Areal rund um die GE-Fabrikhallen gehört noch der ABB und ist ein Entwicklungsschwerpunkt im Aargau.

Klinik-Restaurant in Windisch wird neu gestaltet

Das Begegnungszentrum der PDAG soll im Sommer umgebaut werden. Das ändert sich für Besucher.

Bereits seit einem Monat stehen die Profile. Losgehen mit dem jüngsten Bauvorhaben der Psychiatrischen Dienste Aargau (PDAG) in Windisch soll es aber nächstes Jahr. Zwischen dem 2. Juli und dem 26. August 2022 ist geplant, das Begegnungszentrum (BZ) in der Mitte des Areals Königsfelden teilweise umzubauen und zu sanieren. Das Gebäude verfügt über drei Etagen: ein Erdgeschoss mit dem Restaurant, Kiosk und Begegnungszone, ein Obergeschoss mit Sitzungszimmer sowie Begegnungszone und ein Untergeschoss mit Versorgung und Technik.

Besonders das Mitarbeiter- und Besucherrestaurant steht laut dem Baugesuch, das noch bis am 29. November aufliegt, im Fokus des Projekts: «Das BZ wird hauptsächlich im Erdgeschoss umgebaut, damit durch ein neues Gastrokonzept der Besucherfluss besser gesteuert werden kann.» Seit der Inbetriebnahme des Gebäudes im Jahr 2006, so der Leiter Betriebe PDAG Thomas Zweifel, haben sich die Verpflegungsgewohnheiten der Besucherinnen und Besucher sehr verändert: «Einer der Hauptgründe für den Umbau ist es, diesen Bedürfnissen gerecht zu werden.»

Neue Spitalapotheke ersetzt die alte Gastroküche

Für Gesamtkosten von 2,2 Millionen Franken soll das bald 16-jährige Begegnungszentrum im neuen Glanz erstrahlen. Um die betrieblichen Abläufe im Gastro- und Verpflegungsbereich zu verbessern, so das Baugesuch, werden



Vor fast 16 Jahren haben die PDAG das Begegnungszentrum in Windisch in Betrieb genommen.

Bild: Maja Reznicek (10. November 2021)

im Erdgeschoss der Kiosk und die Kaffeebar neugestaltet und der Free-Flow-Bereich (Selbstbedienung) optimiert. Optisch gibt es ebenfalls einige Änderungen: Im Bistro- und im Free-Flow-Bereich ersetzen Holzlamellendecken die bisherigen Metalldecken. Die Böden in den Räumlichkeiten werde man mit frischer Farbe. Ausserdem werde «der Abschluss zwischen Gastrobereich und Halle grosszügiger geöffnet und mit einem betrieblichen Abschluss vorgesehen.»

Eine oberflächige Auffrischung und technische Modernisierung erhalten auch die Sitzungsmöglichkeiten im

Obergeschoss. Gemäss Baugesuch entsteht im ersten Stock die neue Gastroküche, die «zentral die gesamte PDAG mit Essen beliefern soll». Die bisherige Küche wird zukünftig durch eine Zentralapotheke ersetzt. Ergibt sich dadurch ein weiteres Angebot für die Region? Das verneint Thomas Zweifel: «Die neue Spitalapotheke wird durch die PDAG betrieben und nicht öffentlich sein.» Mit deren Fertigstellung wird im Jahr 2024 gerechnet.

Das Untergeschoss des Begegnungszentrums bekommt im Sommer 2022 ebenfalls eine Auffrischung: Die Lüftungen und elektrischen Installatio-

nen werden auf den neuen Stand gebracht.

Nach dem Sommer erwartet Gäste umfangreicheres Angebot

Nicht nur das Innere des Gebäudes wird sich zukünftig ändern. Laut Baubeschrieb ist angedacht, den Haupteingang zum Begegnungszentrum auf die Ostseite umzulegen. «Der westliche Eingang wird um einen Windfang erweitert», heisst es weiter. Der Windfang wird als Metall-Glas-Konstruktion erstellt und dessen Dach die bestehende Terrasse im ersten Obergeschoss erweitern.

Für die Gäste des Mitarbeiter- und Besucherrestaurants ergeben sich durch den Umbau einige Vorteile, wie Zweifel sagt: Neben einer Steigerung der Sitzplätze werde es ein weiteres Sitzungszimmer geben, das ebenfalls als Verpflegungsraum genutzt werden könne. Im Erdgeschoss steigert sich die Anzahl Sitzgelegenheiten von 150 auf 195. Ausserdem könnten die Besucher nach der Wiedereröffnung Ende August aus einem umfangreicheren kulinarischen Angebot wählen. Der Leiter Betriebe fügt an: «Durch das neue Layout wird sich das Restaurant insgesamt attraktiver präsentieren.» Bei der Gestaltung sei zudem sehr viel Wert auf die Innendekoration gelegt worden.

Während der etappenlosen Umbauzeit ab kommendem Juli wird das Begegnungszentrum für acht Wochen geschlossen bleiben. In dieser Zeit gewährleistet laut Baugesuch ein Provisorium die Verpflegung. (mre)

Acht Jugendliche haben Arealverbot

Villnachern Wegen verschiedener Vorkommnisse wie Vandalismus, Beleidigungen und Littering hat der Gemeinderat Villnachern an seiner Sitzung vom 8. November gegen acht Jugendliche ein Haus- und Arealverbot auf dem gesamten Schul- und Kindergartenareal ausgesprochen. Diese Sanktion, die in Zusammenarbeit mit der Polizei vom Gemeinderat verhängt wurde, gelte für unbestimmte Zeit, sagt Gemeindeammann Roland König auf Nachfrage. Bei den Betroffenen, die über diesen Entscheid informiert wurden, handle es sich um Jugendliche im Alter von 15 bis 17 Jahren. Das Problem mit Verwüstungen – vor allem an den Wochenenden – sowie Belästigungen bestehe schon seit einiger Zeit, sagt König und ergänzt: «Die Schulpflege und Lehrerschaft haben den Gemeinderat gebeten, endlich etwas gegen diesen unhaltbaren Zustand zu unternehmen.» Als weitere Massnahme habe die Exekutive auch eine Videoüberwachung bewilligt, die nun eingeleitet werde. (cm)

ANZEIGE

